

L 12

Vorsätzliche Tierquälerei in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2026

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich die Fälle vorsätzlicher Tierquälerei in Bremen und Bremerhaven in den vergangenen 24 Monaten jeweils entwickelt und wie hoch ist die Aufklärungsquote?
2. Inwiefern ist eine Zunahme bei bestimmten Tiergruppen festzustellen und wie bewertet der Senat diese Entwicklung?
3. Welche tierschutzpräventiven Maßnahmen plant der Senat?

Zu Frage 1:

Unter dem Begriff der „vorsätzlichen Tierquälerei“ werden nach § 17 Tierschutzgesetz Straftaten verstanden. Diese liegen dann vor, wenn ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund getötet wird oder einem Wirbeltier aus Rohheit erhebliche Schmerzen oder Leiden oder länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden zugefügt werden. Der LMTVet hat in den letzten 5 Jahren jährlich zwischen 37 und 58 Strafanzeigen nach dem Tierschutzgesetz bearbeitet. Dabei konnte in zwischen 62 % und 81 % der Fälle ein Verursacher oder eine Verursacherin sowie ein aus Sicht des LMTVet strafbarer Sachverhalt ermittelt werden. Eine Aussage zum Ausgang dieser Fälle ist nur möglich, wenn diese im Einzelfall bei der Staatsanwaltschaft abgefragt werden. Dies war in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Zu Frage 2:

Der LMTVet hat Zahlenmaterial zu Tiergruppen, auf die sich Strafanzeigen in den letzten 5 Jahre bezogen - also im Zeitraum zwischen 2021 - 2025 zusammengestellt. Dabei liegen Hunde schwerpunktmäßig mit 20 - 26 Anzeigen pro Jahr an der Spitze, gefolgt von Katzen mit 3 - 9 Anzeigen; beide jeweils mit recht konstanten Zahlen über die Jahre. Gering und relativ konstant sind die Zahlen für übrige Heimtiere zwischen 0 und 4 Anzeigen pro Jahr und landwirtschaftliche Nutztiere zwischen 1 und 4 Anzeigen. Etwas schwankend zeigen sich die Strafanzeigen bei den „sonstigen“ mit zwischen 3 und 15 Fälle pro Jahr, z. B. für den tierschutzwidrigen Einsatz von Klebefallen bei Mäusen oder tierschutzwidrigen Sachverhalten bei Tauben. Insgesamt sind keine Zunahmen beziehungsweise andere Entwicklungen bei bestimmten Tiergruppen festzustellen.

Zu Frage 3:

Im Jahr 2013 wurde bei der Staatsanwaltschaft in Bremen eine Sonderzuständigkeit für den Tierschutz neben der bereits bestehenden für den Umweltschutz geschaffen, mit dem Ziel die Strafverfolgung von Tierschutzfällen perspektivisch gebündelt und effizienter zu gestalten. Die Schaffung spezialisierter Einheiten für die Bearbeitung von Tierschutzstraftaten bei der Staatsanwaltschaft wird von Expertinnen und Experten als sinnvoll bewertet und ist bei den Staatsanwaltschaften in Deutschland nicht durchgängig gegeben. Die Sonderzuständigkeit führt zu einer Spezialisierung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Bereich des Tierschutzrechts. Wissen und Erfahrung können gebündelt werden. Die Bündelung und Spezialisierung von Tierschutzsachen bei der Staatsanwaltschaft führt zudem zu einer guten und

routinemäßigen Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungs- und den Veterinärbehörden.

Um die Bevölkerung für den Tierschutz zu sensibilisieren und diesen präsent zu halten, hat die Landestierschutzbeauftragte im Dezember 2024 und 2025 insgesamt 50.000 Postkarten mit fachlichem Tierschutzbezug in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verteilen lassen. Ihre Planung für die tierschutzbezogene Außenwerbung im Jahre 2026 ist noch nicht abgeschlossen. Des Weiteren unterstützt sie für angehende Juristinnen und Juristen an der juristischen Fakultät der Universität Bremen im Wahlmodul Tierschutz. Als niedrigschwelliges Angebot findet jährlich eine Onlinefortbildung für Bürgerinnen und Bürger statt, für die keine Vorkenntnisse in Tierschutzfragen erforderlich sind. Schlussendlich hat die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz im Jahr 2025 nach 16 Jahren wieder einen Tierschutzpreis ausgelobt, der an drei Katzenvereine und eine Privatperson verliehen wurde. Alle Preisträgerinnen kümmern sich ehrenamtlich mit großem Aufwand und Erfolg um das Wohl der Tiere.